

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Begleit-Beilage
erscheint für Dresden bei täglich postlicher Zustellung (sonst am Sonntag) 1,50 M., für auswärtige Abonnenten bis 2,00 M. Bei einmaliger Bestellung durch die Post 2 M. (ohne Beilage). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gesendeten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezahler mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit besonderer Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) zulässig. — Unersuchtigte Annoncen werden nicht entnommen.

Kunzigen-Zeitl.
Kunzigen-Zeitl. von Anfang bis Ende, 3 Bde., Sonntag mit Beilage 25 M., 11 bis 12 Uhr, die einjährige Beilage (4. u. 5. Bde.) 20 M., Sonntag mit Beilage 25 M.; die dreijährige Beilage auf 70 M., die zweijährige Beilage 1,50 M. — In Nummern nach Wochen- und Feiertagen die einjährige Beilage 25 M., Sonntag mit Beilage 20 M. — Monatliche Beiträge nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Beilageblatt kostet 10 Pf.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

For Feinschmecker: **Lebeck's** **Fondant-Chocolade** per Tafel 50 Pf.
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
 Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
 Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M.
 Marke: Dreiring.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Hüte jeder Art
Buchholz **21**
 nur **Wettinerstr.**

Haus- und Küchengerätschaften für elektrisch
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.

Galerie E. Arnold
 Schloss-Strasse 34.
Handzeichnungen Alter Meister.

Wetterfeste Jagdmäntel, Jagdanzüge, Joppen reichste Auswahl nur im **Jos. Fiechtl** aus Tirol, **Schloß-Strasse 23** neben Königl. Schloß. **Loden-Spezialgeschäft**

Für eilige Leser.

Unmögliche Bitterung: Beschleuderte Bewölkung, etwas wärmer, keine erheblichen Niederschläge.

Der Besuch der schwedischen Journalisten in Dresden fand mit einer Fahrt nach Meissen und einem Empfang im neuen Rathaus zu Dresden seinen Abschluß.

Der Kaiser traf Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr in Bern ein, wo großer Empfang stattfand.

Der Reichskanzler wird nach seinem Besuche beim Grafen Berchtold von Buchlau aus direkt nach Berlin zurückkehren.

Dem Bundesrat sind zahlreiche neue Eingaben eingegangen, welche Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung fordern.

Das Reichskolonialamt wird für die deutsche Expedition nach den deutschen Kolonialgebieten einen Nachtragsetat von 500.000 M. aufstellen.

Die Strafrechtskommission wird am 18. September wieder ihre Arbeiten aufnehmen.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat beschlossen, das Reichsgezet über den Unterhaltungswohnsitz auch in Bayern einzuführen.

Der Deutsche Juristentag stimmt in seiner Schlussföhrung für die Beibehaltung der Todesstrafe.

Die erste internationale soziale Woche ist am Freitag in Zürich eröffnet worden.

Die französisch-spanischen Verhandlungen über die Zollfrage in Marokko sind unterbrochen worden.

Die parteipolitische Gruppierung in Frankreich

hat durch die Vorlage über die Wahlreform eine bemerkenswerte Verschiebung erfahren die auch für den ausländischen Beobachter des Interesses nicht entbehrt. Zum Verständnis dieser Entwicklung bedarf es zunächst eines kurzen orientierenden Blickes auf die allgemeinen parteipolitischen Verhältnisse in der dritten Republik, die sich nicht in dem Rahmen einer verhältnismäßig so klaren und einfachen Uebersichtlichkeit wie in England und Nordamerika halten, sondern mehr zur Zersplitterung neigen. Um mit der rechten Seite zu beginnen, so finden wir dort die antisemitischen Nationalisten, die Bonapartisten, die Monarchisten und die reinen Merikalen, die ihre Organisation als „action libérale“ bezeichnen. Das Zentrum bilden die gemäßigten Republikaner, deren rechter Flügel den Namen „Progressisten“ führt. Auf der linken Seite liegt die Föhrung der bürgerlichen Elemente in den Händen der radikalen Partei, von der sich die Gruppe der Radikalsozialisten abhebt. Die Radikalen des rechten Flügels, die eine gewisse Föhlung mit den gemäßigten Republikanern unterhalten, nennen sich union démocratique, während bei den Radikalsozialisten noch eine ganz extreme linke Gruppe vorhanden ist, die sich als extrême gauche radicale bezeichnet. Die Radikalsozialisten tragen ihren Namen deshalb, weil sie besonderen Nachdruck auf die soziale Seite ihres Programms legen, das mit dem sozialistischen zahlreiche Berührungspunkte aufweist, sich jedoch in dem wesentlichen Punkte davon unterscheidet, daß die Radikalsozialisten von dem sozialistischen Endziel der Abschaffung des Privateigentums und der kapitalistischen Produktionsmethode nichts wissen wollen. Die Vertreter des revolutionären Prinzips endlich zerfallen in die beiden Gruppen der vereinigten und der unabhängigen Sozialisten, die etwa den Revisionisten und Radikalen in der deutschen Sozialdemokratie entsprechen. Das geistige Haupt der vereinigten Sozialisten ist der bekannte Parlamentarier Jaurès. Der Einblick in den wahren Charakter mancher französischen parteipolitischen Gruppenbildungen wird für den Fernersehenden dadurch erschwert, daß rechtsstehende Organisationen mehrfach sich liberal oder demokratisch klingende Bezeichnungen zugeleitet haben, um dadurch ihre Ansichten bei den Wählern zu erhöhen. So nennen sich die am weitesten rechtsstehenden gemäßigten Republikaner „Progressisten“, „Fortschrittler“, und die reinen Merikalen, die am äußersten rechten Ende der rechten Seite stehen, bezeichnen ihre politische Organisation ostentativ als „action libérale“.

Zeit den Tagen des zielbewußten Kultursämpfers Emile Combes ist die parlamentarische Regierungsmehrheit, auf die sich jedes Kabinett stützt, stets die radikale bürgerliche Linke gewesen, der vom Sozialismus Schlepperdienste geleistet wurden, natürlicherweise gegen das Entgelt einer sozialfreundlichen Regierungsmethode. Diese aus den Radikalen und den Sozialisten bestehende Mehrheit nannte man kurzweg den „Bloc“. Der „Bloc“ trat mit einem hochstehenden Reformprogramm vor die Öffentlichkeit, das aber nur in dem einen wesentlichen Punkte der Trennung von Kirche und Staat verwickelt wurde, während die Wahlrechts- und die Verwaltungsreform unerledigt blieben und auch die überaus dringliche Frage der Einführung der Einkommensteuer über die parlamentarischen Versuchsstadien nicht hinauskam. Hand in Hand mit diesem Verlagen des Blocs auf positiv schaffendem Gebiete ging eine allgemeine Zerlegung der Autorität, die eine unvermeidliche Folge der Abhängigkeit der jeweiligen Machthaber von der Gnade des revolutionären Sozialismus war. Schließlich nahm die Korruptionswirtschaft im Parlamentarismus sowohl wie in Regierung und Verwaltung derart untragliche Formen an, daß alle mit einem letzten Rest von haarscherbendem Verantwortungsbewußtsein anhaftenden Elemente sich zu einem energiegelassen Gegenstoße gegen das verhängnisvolle radikale Regime zusammenschloßen. Der letzte Ministerpräsident Poincaré hat selbst hierzu die Hand und erst als gültige Handhabe zur Ausführung des Vorhabens die von ihm eingebrachte Vorlage über die Wahlrechtsreform, für deren Durchführung er sein Amt einsetzte. Tatsächlich ist es ihm denn auch gelungen, die Wahlrechtsreform über alle parlamentarischen Klippen hinweg zunächst in der Deputiertenkammer in den sicheren Hafen zu bringen, und zwar geschah dies mit Hilfe einer Mehrheit, die zum ersten Male seit langen Jahren ohne den bisherigen radikalen Stempel zustande kam. Für die Regierungsvorlage stimmten nämlich die gemäßigten Republikaner im Bunde mit der gesamten Rechten, und ihnen schloß sich aus Haß gegen den bürgerlichen Radikalismus der überwiegende Teil des Sozialismus unter Jaurès' Föhrung an. Damit waren also die Radikalen aus dem Sattel gehoben.

Die so geschaffene neue parteipolitische Gruppierung in der Deputiertenkammer kann für die dritte Republik einen Markstein in der inneren Weiterentwicklung bedeuten, wenn es gelingt, sie über das Niveau einer Einheitsbildung hinauszuhoben und den Radikalismus dauernd mit Hilfe einer gemäßigten Mehrheit niederzuhalten. Die Wahlrechtsreform, die bekanntlich auf der Verhältniswahl fußt, bildet auf dem Wege zu diesem Ziele den ersten Schritt. Sie wird den gewählten einzelnen Abgeordneten wegen der Verächtlichmachung maßgebender Widerhalten gehalten, ihre Mandate im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt auszuüben und sich von den Fesseln der lokalen Interessen zu befreien, die bei den Wahlen nach dem reinen Mehrheitsprinzip den Mandatsinhaber belasteten und ihn mehr oder weniger zum Sklaven seiner Wähler machten. Auf der anderen Seite werden auch die Regierenden freie Hand zur Pflege und Förderung des wahren Staatswohls bekommen, wenn sie sich von der Tyrannie des Radikalismus und seinem unaufröhrlichen Drängen zur Erfüllung sozialistischer Wünsche entlastet föhlen. Daß die Radikalen unter der Herrschaft des neuen Wahlrechts eine harte Einbuße an parlamentarischer Macht erfahren werden, kann als ausgemacht gelten. Ist aber erst einmal mit Hilfe der Wahlrechtsreform mit der Bekämpfung der Korruption auf parlamentarischem Gebiete der Anfang gemacht worden, dann läßt sich auch die gute Inverföht beugen, daß die nicht minder nötige Verwaltungsreform ebenfalls zum Siege gelangen und mit dem herrschenden Schlenkrian in den staatlichen Kanälen aufräumen wird. Vorkäuflich ist allerdings noch nicht einmal die Wahlrechtsreform völlig zum Abschluß gebracht worden, da der Senat noch kein Urteil über die Vorlage abgegeben hat. Die Föhrer des Radikalismus, der alte parlamentarische Klopffechter Combes und der Ministerpräsident Clémenceau, haben inzwischen während der Vertagung des Parlaments einen Försatz zur Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, das heißt mit anderen Worten zur Bewahrung der bisherigen vorherrschenden Stellung der radikalen Partei organisiert, reifen in Wort und Schrift die neue Mehrheit schonungslos herunter und haben schwere Drohsunnen gegen den Senat aus, falls dieser sich unterfangen sollte,

der Wahlrechtsreform seine Zustimmung zu geben. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß der Senat sich einmischen lassen wird, da er die wahre Stimmung der Wähler, die noch unmittelbar vor dem Beginn der parlamentarischen Ferienzeit durch eine Reihe von Nachwahlen zu Gunsten der Anhänger des Proporzses zum Ausdruck kam, zu gut kennt. Der haarscherbende Geist in der Bevölkerung selbst ist es, der die Dinge vorwärts treibt, und gerade dieser Umstand eröffnet die Aussicht, daß die angebahnte Reformbewegung auch dann noch in Kraft bleiben wird, wenn ihr bisher einflußreicher Förderer, der Ministerpräsident Poincaré, vom politischen Schauplatz abgetreten ist.

Drahtmeldungen

vom 6. September.

Die Kaiserföhrung in der Schweiz.

Bern. Um 2 1/2 Uhr fuhr der kaiserliche Sonderzug, begrüßt von 22 Kanonenschüssen, in den hiesigen Bahnhof ein, wo der Bundespräsident Forrer und die übrigen Bundesräte sowie die Präsidenten des Nationalrates und des Ständerates, der Kanzler der Eidgenossenschaft und der deutsche Gesandte v. Bülow den Kaiser empfingen. Dieser trug die Uniform der Gardeschützen. Die Gemahlin des Gesandten überreichte ein Rosenbuket. Der Kaiser schritt die Ehrenkompanie ab und fuhr hierauf mit dem Bundespräsidenten und dem Gefolge nach dem Bundespalais, wo ein kurzer offizieller Empfang durch den Bundesrat stattfand. Auf der Fahrt dorthin waren der Kaiser und der Bundespräsident Gegenstand begeisteter Guldigungen. Der Kaiser war über den herzlichen Empfang höchlich erfreut.

Bern. Nach kurzer Unterhaltung im Audienzsaal, wo die vom Kaiser dem Bundesrate geschenkte monumentale Standuhr aufgestellt worden war, besichtigte der Kaiser den National- und Ständeratsaal und bewunderte vom Balkon aus die herrliche Ansicht, die leider bei wolfigem Himmel etwas beeinträchtigt war. Dann folgte die Fahrt durch die Stadt, auf welcher der Kaiser von einer ungeheuren Volksmenge begeistert begrüßt wurde. Unter Glockengeläute fand die Aufahrt am Münster statt. Am Portal war Begrüßung durch die Kirchenbehörden. Während die Orgel spielte, begab sich der Kaiser in das Innere des Münsters, wo ihm die Herren des Komitees für das Reformationsdenkmal in Genf vorgestellt wurden. In der dortigen Kapelle waren drei große Reproduktionen des projektierten Denkmals der Reformation in Genf aufgestellt, wofür der Kaiser bekanntlich 10000 Mark gespendet hat. An dem geplanten Denkmale befindet sich die Statue des Großen Kurfürsten mit dem Bilde vom Empfang der Quacnoten durch diesen und der Aufschrift eines Auszuges aus einem Potsdamer Briefe. Auf dem Tische nebenan befanden sich Photographien Wilhelms von Oranien und des Admirals Colligny, der Vorfahren des Kaisers. Dieser unterhielt sich längere Zeit mit den Herren aus Genf und teilte mit, er werde die Kosten für die Statue des Großen Kurfürsten aus seinen Mitteln bestreiten. Nach einem Aufenthalt von einer halben Stunde verließen der Kaiser und der Bundesrat das Münster unter Orgelschall. Vom Münster ging die Fahrt zum Bärengraben, wo sich der Kaiser an das Geländer des Zwingers begab und den Bären ein Nüssel Häben zuwarf. Von da wurde die Fahrt über die Kohnhausbrücke durch die Stadt nach dem Berner Hof fortgesetzt, wo sich der Kaiser bis zum Abend vom Bundesrate verabschiedete.

Bern. Sicherem Vernehmen nach hat der Kaiser während seines Aufenthaltes in der Schweiz von Anfang bis zu Ende die herzlichsten und annehmlichsten Eindrücke empfangen und hat wiederholt seine Zufriedenheit darüber ausgedröckt, daß er wenigstens das abgekürzte Reiseprogramm hat durchführen können. Die Wandrer haben sein tiefgehendes Interesse erregt. Die föhlichen Personalien des Bundesrates, die Auszeichnung der Städte und vor allem die mütterliche Föhlung der Bevölkerung und die warme Herzlichkeit, mit der er überall begrüßt wurde, haben den Kaiser sehr erfreut und werden ihm eine bleibende Erinnerung sein.

Paris. (Priv.-Tel.) Wie das Blatt „La Patrie“ meldet, wurden gestern in Zürich umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen und die Straßen, die der Kaiser passieren mußte, durch Truppen vollständig abgesperrt. Diese Maßnahme soll mit einem angeblich gegen die Person des Kaisers gerichteten Attentat zusammenhängen.

Bern. (Priv.-Tel.) Der frühere französische Kriegsminister de Kreacinet, der, wie seit 30 Jahren alljährlich, den Sommer in der Schweiz verbringt, ist von einem Vertreter des St. Galler „Tageblattes“ interviewt worden. Dabei äußerte sich der einjährige Mitarbeiter Gambettas über die Möglichkeit eines neuen deutsch-französischen Krieges befragt, daß er habe den festen Glauben an die Friedensliebe des Deutschen Kaisers. Von Frankreich selbst sei keine provozierende Handlung zu be-